

An den Regierenden Bürgermeister  
Herrn Dr. Klaus Wowereit MdA  
Berliner Rathaus  
Rathausstr. 15  
10173 Berlin

Nachrichtlich: An den Senator für Finanzen  
Herrn Tilo Sarrazin  
Klosterstr. 59  
10179 Berlin

An den Senator für Wirtschaft, Arbeit, Frauen  
Herrn Dr. Gregor Gysi MdA  
Martin-Luther-Str. 105  
10825 Berlin

Berlin, den 29.04.02

### **Gender Mainstreaming als gleichstellungspolitische Reformstrategie für Berlin, hier: Umsetzung in den Senatsverwaltungen**

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

wie wir der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und der PDS für die Legislaturperiode 2001-2006 entnehmen konnten, ist ein "zentrales Politikziel dieser Koalition ein tatsächlich gleichberechtigtes Verhältnis zwischen den Geschlechtern in allen Lebens- und Arbeitsbereichen. Die Koalitionsparteien werden Gender-Mainstreaming als politische Querschnittsaufgabe und gleichstellungspolitische Reformstrategie für Berlin ausgestalten." Des weiteren wird als eindeutige Aufgabe definiert, dass sich die höchste Führungsebene für die Umsetzung im alltäglichen Verwaltungshandeln einsetzen wird. Da alle Mitgliedsstaaten dazu laut Amsterdamer Vertrag verpflichtet sind und Berlin in der Vergangenheit von der EU- Kommission gerügt worden war, weil bei den Förderkriterien der Gender-Aspekt unzureichend berücksichtigt worden war, sehen wir dieser Zielstellung erwartungsvoll entgegen und möchten Sie darin unterstützen.

Gender-Mainstreaming ist nach unserer Überzeugung eine Aufgabe für die Politische Leitungsebene. Diese übernimmt Verantwortung dafür, dass die Umsetzung und die Auswertung aller politischen Entscheidungsprozesse und Maßnahmen letztlich so zu gestalten ist, dass in jedem Politikbereich und auf allen Ebenen die Ausgangsbedingungen und die Auswirkungen auf Männer und Frauen differenziert betrachtet werden müssen, um Maßnahmen zum Ziel einer tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern zu planen und umzusetzen.

Damit das große Ziel der Querschnittsaufgabe "Gender-Mainstreaming" wirklich effektiv in allen Senatsverwaltungen umgesetzt wird, bedarf es durchgreifender weisungsberechtigter Strukturen. Bisher fehlte eine solche durchgreifende Weisungsbefugnis, so dass die gleichstellungspolitischen Aufgaben in den vergangenen Jahren nicht in allen Senatsverwaltungen ernsthaft angegangen wurden (vorsichtig ausgedrückt).

Die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen ist deshalb der Überzeugung - und wird darin von vielen anderen Berliner Frauenverbänden und -organisationen unterstützt, dass das Vorhaben nur dann erfolgreich sein kann, wenn es als durchführende und weisungsbefugte Instanz auf der politischen Ebene des Senats angesiedelt wird, auf gleicher "politischer Augenhöhe" zwischen den Verwaltungen, und wenn dafür eine entsprechend ausgestattete Geschäftsstelle bei der für Gleichberechtigungspolitik zuständigen Senatsverwaltung Wirtschaft, Arbeit und Frauen eingerichtet und **finanziert** wird.

Wir hören zu unserer Freude, dass im Abgeordnetenhaus inzwischen ähnliche Überlegungen angestellt werden und bitten Sie eindringlich, dieses Ziel im Senat zu unterstützen. Wir würden uns freuen, wenn unsere Anregung dazu beitragen könnte, die in der Koalitionsvereinbarung

verankerte Zielstellung der Durchsetzung des Gender Mainstreamings in der Berliner Verwaltung zum Erfolg zu führen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen

Carola v. Braun, Elke Herer, Gisela Vollradt